

## RESEARCH-IN-BRIEF

Die Presseberichterstattung über  
die Weltklimakonferenz in Kopenhagen  
Normative Anforderungen und empirische Befunde

Press Coverage about the  
Copenhagen Climate Change Conference  
Normative Demands and Empirical Findings

*Dorothee Arlt & Jens Wolling*

*Kontakt:*

**Dipl. Medienwiss. Dorothee Arlt**

IfMK - Institut für Medien und Kommunikationswissenschaft

Technische Universität Ilmenau

Ernst Abbe Zentrum für Forschung und Transfer (EAZ)

Ehrenbergstr. 29

D-98693 Ilmenau

Telefon: 03677 - 69 4673

Email: dorothee.arlt(at)tu-ilmenau.de

**Prof. Dr. Jens Wolling**

IfMK - Institut für Medien und Kommunikationswissenschaft

Technische Universität Ilmenau

Ernst Abbe Zentrum für Forschung und Transfer (EAZ)

Ehrenbergstr. 29

D-98693 Ilmenau

Telefon: 03677 - 69 4654

Email: jens.wolling(at)tu-ilmenau.de

# RESEARCH-IN-BRIEF

## Die Presseberichterstattung über die Weltklimakonferenz in Kopenhagen

Normative Anforderungen und empirische Befunde

## Press Coverage about the Copenhagen Climate Change Conference Normative Demands and Empirical Findings

*Dorothee Arlt & Jens Wolling*

**Zusammenfassung:** Eine der zentralen Herausforderungen globaler Klimapolitik ist es, sich im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit internationaler Kooperationen einerseits und nationaler Eigeninteressen andererseits auf nachhaltige Maßnahmen zum Klimaschutz zu einigen und diese auch auf nationaler Ebene durchzusetzen. Die jährlich stattfindenden UN-Weltklimakonferenzen sind dafür ein wichtiges Forum. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive handelt es sich bei diesen Konferenzen um Ereignisse, die die Medien zum Anlass nehmen können, um die Öffentlichkeit über die zugrundeliegende Problematik des Klimawandels und die klimapolitischen Kontroversen zu informieren. Im Beitrag wird zum einen theoretisch herausgearbeitet, welche Anforderungen an die Medienberichterstattung über die Weltklimakonferenz gestellt werden können. Zum anderen wird am Beispiel der 15. UN-Weltklimakonferenz in Kopenhagen 2009 inhaltsanalytisch untersucht, inwiefern die Printmedien in Deutschland diese Anforderungen erfüllen. Die Studie zeigt, dass die untersuchten Printmedien diese Anforderungen weitgehend erfüllt haben und es damit der nationalen Politik erleichtert haben, sich international für eine verantwortungsvolle Klimapolitik einzusetzen.

**Schlagwörter:** Klimapolitik, Klimawandel, Nachhaltigkeit, Inhaltsanalyse, Medieninhalte, Unsicherheitsdiskurs

**Abstract:** It is one of the central challenges of global climate policy to find a solution for the contradiction between the need for international cooperation and national self-interest. Such a compromise is necessary to obtain an effectual climate protection convention and to establish sustainable national policies and arrangements. The annual UN Climate Change Conferences are important forums to achieve this purpose. From the perspective of communication science these events are occasions for the media to inform the public about the underlying problem of climate change and the controversies in international climate policies. Based on theoretical considerations we postulate in the first part of the paper normative requirements for media coverage about the climate change conference. In the second part we present the findings of a content analysis of media coverage on the 15th UN Climate Change Conference in Copenhagen in 2009 to proof whether the media coverage meets these requirements. The results show that the German print media met these requirements and supported thereby the German government in advocating a responsible climate policy on the international level.

**Keywords:** Climate Policy, Climate Change, Sustainability, Content Analyses, Media Content, Uncertainty Discourse

## 1. Die Funktion der Presseberichterstattung über die Weltklimakonferenz

Die *Klimapolitik* ist ein Politikfeld, in dem internationale Kooperation notwendig ist. Dafür sind die Weltklimakonferenzen aktuell die entscheidenden Foren. Gleichzeitig handelt es sich bei den Konferenzen aber auch um öffentlichkeitswirksame Großveranstaltungen der Politikdarstellung (Koch-Baumgarten & Voltmer, 2009), über die regelmäßig, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, in den Medien berichtet wird (Maurer, 2011). Die Berichterstattung aus Anlass der Konferenz ist vor allem deswegen von Bedeutung, weil der Klimawandel ein langwieriger und zudem diskontinuierlicher Prozess ist (Schneider & Kuntz-Duriseti, 2002), der normalerweise weit unterhalb der Aufmerksamkeitschwelle von Nachrichtenmedien liegt. Durch die Weltklimakonferenzen, die durch ihren Ereignischarakter der medienimmanenteren *Aktualitätslogik* genügen und zudem die nötigen *Nachrichtenfaktoren* aufweisen, entsteht für den tagesaktuellen politischen Journalismus jedoch ein Anlass, um auch über den Klimawandel selbst zu berichten (Schäfer, Ivanova, & Schmidt, 2011). Nur im Zusammenhang mit extremen Wetterereignissen – wenn diese von Journalisten oder politischen Akteuren mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht werden – besteht eine vergleichbare Gelegenheit.

Die Herstellung von (nationaler) Medienöffentlichkeit ist bedeutsam, weil die Öffentlichkeit dadurch das Thema im Zuge von Agenda-Setting-Prozessen als wichtiges Problem wahrnimmt und von den politischen Akteuren in Folge Problemlösungen speziell

in diesem Politikfeld (Priming) erwartet (Rössler, 1997). Da Klimakonferenzen jährlich stattfinden, kommt das Thema zudem immer wieder auf die Medienagenda, dadurch wächst die Chance, dass die politischen Akteure Ressourcen für die Problembearbeitung bereitstellen.

Aus anderer Perspektive betrachtet, kann jedoch die Notwendigkeit einer aktiven Klimapolitik – und demnach auch einer intensiven Berichterstattung über das Thema – grundsätzlich in Zweifel gezogen werden. Hauptargument hierfür ist, dass die wissenschaftlichen Aussagen über Ursachen und Folgen des Klimawandels auf Daten und Prognosemodellen beruhen, die naturgemäß mit Unsicherheiten verbunden sind (Schneider & Kuntz-Duriseti, 2002) und deren Angemessenheit und Zuverlässigkeit deswegen bezweifelt werden kann. Die Auseinandersetzung mit der Qualität der Forschung ist einerseits notwendiger Bestandteil der wissenschaftlichen Debatte, anderseits ist aber zu bedenken, dass es sich dabei auch um lobbyistisch motivierte Kritik handeln kann, mit der außerwissenschaftliche Zielsetzungen verfolgt werden: Bei der strategischen Kommunikation von Forschungsergebnissen, die den anthropogenen Klimawandel in Zweifel ziehen, kann es sich um eine Verunsicherungsstrategie handeln, die denjenigen, die durch die Implementation von Klimaschutzmaßnahmen Nachteile befürchten, einen Ansatzpunkt bietet, deren Notwendigkeit in Zweifel zu ziehen.

Die Medien haben in dieser Situation drei unterschiedliche Handlungsoptionen: Sie können versuchen, ein Gegengewicht zu solchen Lobbyeinflüssen zu bilden und dabei die tatsächlich vorhandenen Unsicherheiten vernach-

lässigen. Anderseits könnten sie aber auch den in der Wissenschaft weniger vertretenen Positionen gezielt ein Forum verschaffen. Eine naheliegende Reaktion – die der Ausgewogenheitsnorm folgt (Schatz & Schulz, 1992) – besteht darin, „beiden Seiten“ in der Berichterstattung (gleichgewichtig) Beachtung zu schenken, um eine Balance herzustellen (Boykoff & Boykoff, 2004; Ward, 2008). Durch eine solche Darstellung kann sich jedoch ein sogenannter „Uncertainty Discourse“ über die Existenz und Ursachen des Klimawandels (Zehr, 2000) entwickeln, wodurch die Einleitung von präventiven Maßnahmen gegen den Klimawandel politisch schwieriger würde. Aus Sicht einer an Nachhaltigkeitszielsetzungen orientierten Energie- und Klimapolitik wäre dies allerdings fatal, denn eine verantwortliche Klimapolitik sollte dem Vorsorgeprinzip folgen und deswegen Handlungen, die sehr negative Folgen haben können, grundsätzlich vermeiden – selbst wenn diese Folgen nur eine geringe Eintrittswahrscheinlichkeit haben (Ekins, Dresner, & Dahlström, 2008).

Die in der kommunikationswissenschaftlichen Debatte geäußerte Kritik an den Medien, dass sie die Unsicherheit der wissenschaftlichen Erkenntnis nicht hinreichend zum Ausdruck bringen (Maurer, 2011), ist von daher zu relativieren. Gerade weil Interessengruppen versuchen können, durch eine selektive Wissenschaftsförderung und Verbreitung „passender“ wissenschaftlicher Befunde Einfluss zu nehmen, ist die Darstellung von Unsicherheit nicht automatisch Ausdruck von angemessener journalistischer Genauigkeit und Ausgewogenheit.

Auch wenn es aus naturwissenschaftlicher Sicht Unsicherheiten hin-

sichtlich der Ursachen und Folgen des Klimawandels gibt, so ist das Problemfeld dennoch spätestens seit der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention der UNO (UNFCCC) im Jahr 1992 und der Einrichtung des International Panel for Climate Change (IPCC) als globale gesellschaftliche Herausforderung anerkannt. Vor diesem Hintergrund geht der vorliegende Beitrag von der Prämissen aus, dass mediale öffentliche Kommunikation einen Beitrag zur Lösung solcher bedeutsamer gesellschaftlicher Probleme leisten sollte (McQuail, 2010, S. 78ff.). Dafür sollten die Medien die Konferenz zum Anlass nehmen dem Klimawandel erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken (*Thematisierung*) und die Dimensionen der Klimakontroverse transparent darzustellen. Um diese Forderung nach Herstellung von Transparenz zu konkretisieren, werden nachfolgend die Dimensionen der Klima-Kontroverse aufgezeigt.

## **2. Dimensionen der Klima-Kontroverse: Verantwortung, Folgen und Maßnahmen**

Auch wenn mittlerweile kaum noch in Zweifel gezogen wird, dass ein Klimawandel stattfindet, bleibt weiterhin umstritten, wie groß der Anteil des Menschen (der so genannte anthropogene Klimawandel) daran zu veranschlagen ist (Rahmstorf, 2007). Neben dieser grundlegenden Streitfrage existieren drei weitere Kontroversen: Erstens hinsichtlich der Attribution von Verantwortung für die Ursachen des Klimawandels, zweitens hinsichtlich der Bewertung der zu erwartenden Folgen und drittens hinsichtlich der Einschätzung der Notwendigkeit und

Wirksamkeit möglicher *Maßnahmen* gegen die Ursachen und Konsequenzen der Klimaveränderungen.

Bei der Zuschreibung von *Verantwortung* für den anthropogenen Klimawandel stehen sich zwei Betrachtungsweisen gegenüber: Aus *historischer Perspektive* wird die Verantwortung für das Klimaproblem bei den Industrieländern verortet, die aufgrund ihres enormen Ressourcenverbrauchs in den zurückliegenden Dekaden einen Großteil der historisch akkumulierten CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht haben (Wallacher, Reder, & Kowarsch, 2009). Dagegen sieht die *gegenwartsbezogene Betrachtungsweise* auch eine hohe Verantwortung bei den bevölkerungsreichen Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien, deren rasante wirtschaftliche Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit mit einem hohen Energiebedarf und entsprechenden Emissionen einherging (Meyerson, 2002).

Auch bezüglich der vorhergesagten Folgen einer Klimaveränderung für die verschiedenen Akteure gibt es deutliche Unterschiede (Pearson, 2002). Nach Maßgabe der vorliegenden Klimamodelle wird die Erhöhung der Durchschnittstemperaturen für manche Gebiete existenzbedrohende Auswirkungen haben, während andere Regionen von den Veränderungen sogar profitieren werden, beispielsweise durch die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung ehemaliger Permafrostböden (Plöger, 2007).

Hinsichtlich der *Maßnahmen* gegen den Klimawandel werden in der Literatur zwei zentrale Strategien der Klimapolitik unterschieden: *Vermeidung (mitigation)* und *Anpassung (adaptation)*. Zur Vermeidung gehören alle *präventiven Maßnahmen*, die darauf ab-

zielen, den Klimawandel durch eine Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen einzudämmen. *Adaptive Maßnahmen* beziehen sich hingegen auf die Notwendigkeit der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Dazu gehören beispielsweise die Verbesserung des Küstenschutzes durch die Erhöhung von Deichen oder die Umstellung der Forstwirtschaft auf Baumarten, die unter veränderten klimatischen Bedingungen (besser) gedeihen (Hansjürgens, 2009).

Während der Ansatz eines präventiven Klimaschutzes prinzipiell die gemeinsame Aufgabe und die Solidarität der Weltgemeinschaft betont, kann eine solche kooperative Ausrichtung durch eine Politik, die adaptive Maßnahmen in den Mittelpunkt stellt, relativiert werden: Während beispielsweise europäische Küstenstaaten den steigenden Meeresspiegel in gewissem Umfang durch Deichbau einzudämmen können, bestehen solche Optionen für Länder wie Bangladesch oder die Inselstaaten des Pazifiks kaum.

Doch auch die zur Wahl stehenden präventiven Maßnahmen sind mit spezifischen Interessen verknüpft: Beispielsweise kann die Verringerung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe für (staatliche) Akteure, deren Ökonomie auf dem Export dieser Rohstoffe basiert, eine Bedrohung darstellen, während Aufforstungsprogramme zur Förderung von Kohlenstoffsenken (Pearson, 2002) oder aber die CCS-Technologie, bei der eine Verpressung von CO<sub>2</sub> in unterirdische Lager erfolgt (Edenhofer, 2003), für sie durchaus akzeptabel sein könnten.

### 3. Schlussfolgerungen und Forschungsfragen

Die Berichterstattung über die Ursachen und Folgen des Klimawandels sowie über die Klimaschutzmaßnahmen ist also nicht nur durch viele objektive Unsicherheiten, sondern auch durch subjektive Akteursinteressen geprägt. Das führt dazu, dass eine zweite Ebene der Unsicherheit ins Spiel kommt, die darin besteht, dass die Auswahl und Bedeutung bestimmter Einschätzungen zum Klimawandel mit Zielsetzungen verknüpft sein können, die mit der eigentlichen Problematik nichts zu tun haben, sondern anderen politischen und wirtschaftlichen Interessen dienen. Bei komplexen Themen wie dem Klimawandel kann die Öffentlichkeitsfunktion der *tagesaktuellen politischen Berichterstattung* deswegen nicht darin bestehen, die *wissenschaftlichen Argumente* differenziert darzustellen und zu erörtern, sondern die *Struktur des politischen Diskurses* offenzulegen. Wie dargelegt ist die politische Debatte bestimmt durch die Auseinandersetzung um *Ursachen* und *Verursacher*, mögliche *Folgen* und in Frage kommende *Maßnahmen* sowie durch die Interessen der verschiedenen *Konfliktakteure*. Durch die Offenlegung dieser unterschiedlichen Aspekte der Klima-Problematik können die Medien einen Beitrag zur *Herstellung von Transparenz* liefern (Imhof, 2003).

Empirisch soll im Folgenden untersucht werden, in wieweit die Presse in Deutschland diese Anforderungen an die Berichterstattung erfüllt. Zwei Hauptfragestellungen sollen beantwortet werden:

FF1: Nutzen die Medien die Weltklimakonferenz um das Thema Klimawandel auf die Tagesordnung zu setzen? (Thematisierungsfunktion)

FF2: Wie stellen die Medien die Ursachen und Folgen des Klimawandels dar? Welche Maßnahmen gegen den Klimawandel und welche Konfliktakteure werden benannt? (Transparenzfunktion)

### 4. Methode

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde eine quantitative Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung über die 15. UN-Weltklimakonferenz in Kopenhagen durchgeführt. Die oben dargestellten normativen Funktionserwartungen lassen sich insbesondere an die überregionale Qualitätspresse stellen. Untersucht wurde deswegen die Berichterstattung von zwei überregionalen Qualitätszeitungen („Süddeutsche Zeitung“ (SZ), „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ)) mit unterschiedlichen redaktionellen Linien (Noelle-Neumann, Kepplinger, & Donsbach, 1999) sowie von drei wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmagazinen und Zeitungen („Spiegel“, „Focus“, „Zeit“). Kontrastiert wurden die dabei ermittelten Befunde mit den Analysen der Berichterstattung von zwei regionalen Thüringer Tageszeitungen aus unterschiedlichen Verlagshäusern (das „Freie Wort“ (FW), das wie die SZ zum Süddeutschen Verlag gehört, und die „Thüringer Allgemeine“ (TA), die zur WAZ-Gruppe gehört).

Als Untersuchungszeitraum wurde die Zeit zwischen dem 16. November und 31. Dezember 2009 festgelegt. Er umfasst somit drei Wochen vor der Weltklimakonferenz (16.11. bis 7.12.2009), die Zeit während der Weltklimakonferenz (8.12. bis 19.12.) und knapp zwei Wochen nach der Konferenz (20.12. bis 31.12.).

Ausgewählt wurden Beiträge, in denen die Weltklimakonferenz mindestens einmal erwähnt wurde. Die auf diese Weise gezogene Stichprobe umfasst zunächst über 600 Artikel. Bei den beiden regionalen Tageszeitungen und den wöchentlichen Printmedien wurde eine Vollerhebung durchgeführt, während bei den überregionalen Tageszeitungen aus forschungökonomischen Gründen nur jeder zweite Artikel codiert wurde. Für die Auswertung stehen Daten von insgesamt 394 Beiträgen zur Verfügung.

Die Entwicklung des modular aufgebauten Codebuchs fand in Zusammenarbeit mit Studierenden im Rahmen eines Forschungsseminars statt.<sup>1</sup> Die

Codierung der 394 Artikel wurde von 21 geschulten studentischen Codierern realisiert. Nachdem am Ende der Codiererschulung zufriedenstellende Übereinstimmungen erreicht worden waren, wurde der eigentlich Reliabilitätstest versteckt durchgeführt, indem im Rahmen der eigentlichen Datenerhebung mehrere Artikel allen Codierern zugeordnet wurden. Die Reliabilität wurde für alle Variablen als paarweise Übereinstimmung zwischen den Codierern ermittelt. Es wurden folgende Reliabilitätskoeffizienten ermittelt (Tabelle 1 unten):<sup>2</sup>

## 5. Ergebnisse

Von den 394 codierten Artikeln stammen die meisten aus der FAZ (n = 107), dicht gefolgt von der SZ (n = 98). An dritter Stelle kommt die TA (n = 91) und an vierter das FW (n = 56). Berücksichtigt man, dass von den beiden überregionalen Qualitätszeitungen nur jeder zweite Artikel analysiert wurde, dann zeigt sich, dass die beiden Qualitätszeitungen deutlich mehr über die Konferenz und das Konferenzthema berichtet haben. In den drei wöchentlich erscheinenden Printmedien finden sich insgesamt 42 Beiträge (im Spiegel und Focus je 9, in der Zeit 24). Sie werden in den nachfolgenden Analysen zusammen ausgewertet.

1 Das Codebuch ist online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:ilm1-2012200112>. Im Rahmen des vorliegenden Beitrags wurden folgende Kategorien ausgewertet: Zwei formale Kategorien: M1\_V5 [Medium], M4\_V1 [Thematisierung der Weltklimakonferenz in einem Beitrag]; vier Kategorien zu Ursachen und Verursachern: M7\_V1 [Natürliche Ursachen des Klimawandels], M7\_V2 [Anthropogene Ursachen des Klimawandels], M7\_V3a/ M7\_V3b [Verursacher des anthropogenen Klimawandels]; sieben Kategorien zu Folgen des Klimawandels: M7\_V4 [Gletscher, Polkappen, Meerspiegel], M7\_V5 [Wetterextreme und ihre Folgen], M7\_V6 [Erderwärmung], M7\_V7 [Wirtschaftliche/ finanzielle Folgen], M7\_V8 [Soziale und gesellschaftliche Folgen], M7\_V9 [Folgen für Flora und Fauna], M7\_V11 [Räumliche Nähe der Folgen des Klimawandels]; zwei Kategorien mit denen Maßnahmen gegen den Klimawandel erfasst wurden: M6\_V1 [Maßnahme 1 zum Klimaschutz], M6\_V4 [Maßnahme 2 zum Klimaschutz]; sowie vier Kategorien zu den Konfliktakteuren: M4\_V12a/M4\_V12b [Akteure des 1. Konflikts (M4\_V12); Vertreter der Gegenpositionen]; M4\_V13a/M4\_V13b [Akteure des 2. Konflikts (M4\_V13); Vertreter der Gegenpositionen].

2 Ein Reliabilitätskoeffizient von 0,65 bedeutet, dass bei dieser Kategorie im Durchschnitt 17 der 21 Codierer den gleichen Code gewählt haben. Höhere Werte zeigen höhere Übereinstimmungen an.

**Tabelle 1: Reliabilitäten**

Kategorie	Konflikt	Thematisierung	Ursachen	Folgen	Verursacher	Maßnahmen
Reliabilitätskoeffizient	0,86	0,68	0,94	0,88	0,92	0,65

Insgesamt zeigen die Befunde, dass die untersuchten Printmedien nicht nur den Ablauf der Konferenz in ihrer Berichterstattung dokumentiert und kommentiert haben, sondern das Ereignis auch zum Anlass genommen haben, das Thema Klimawandel auf die mediale Themenagenda zu setzen: In 51 Prozent der Beiträge war nicht die Konferenz sondern der Klimawandel das Hauptthema. Selbst im FW, das von allen Tageszeitungen am wenigsten berichtet hat, findet sich an fast jedem Erscheinungstag ein Artikel, der den Klimawandel in den Mittelpunkt gestellt hat. Alle untersuchten Medien haben somit die Konferenz zum Anlass genommen, den Klimawandel umfangreich zu thematisieren.

Auch der Anforderung über Ursachen und Folgen des Klimawandels zu berichten, sind die untersuchten Medien nachgekommen: In deutlich mehr als der Hälfte aller Artikel wurden Ursachen benannt. Am häufigsten geschah dies in den Wochenzeitungen. Die überregionalen Zeitungen thematisierten sie etwas häufiger als die regionalen Zeitungen. Nennenswerte Unterschiede, die auf die redaktionelle Linie

der Medien zurückgeföhrt werden könnten, lassen sich nicht feststellen. In allen untersuchten Printmedien sind die durch Verkehr, Industrie und private Haushalte verursachten Emissionen die mit Abstand am häufigsten genannte Ursache (in fast 60 Prozent der Artikel erwähnt). Die landwirtschaftliche Nutzung wird deutlich seltener als Ursache genannt (in weniger als zehn Prozent). *Nicht-anthropogene*, natürliche Ursachen des Klimawandels werden in erster Linie in den Wochenzeitungen erwähnt. Allenfalls dort findet man somit Hinweise auf einen „Uncertainty Discourse“.<sup>3</sup>

Fast immer wenn eine anthropogene Ursache thematisiert wird, werden in den Artikeln auch Verursacher genannt: Dabei handelt es sich überwiegend um einzelne Länder oder Ländergruppen. Andere Verursacher<sup>4</sup> werden nur in jedem sechsten Artikel erwähnt. Kategorisiert man die genannten na-

3 Auch in den Wochenmedien werden in maximal zwei Beiträgen nicht-anthropogene Ursachen thematisiert.

4 Zu den anderen Verursachern zählen insbesondere wirtschaftliche Akteure und private Verursacher.

**Tabelle 2: Verursacher des Klimawandels**

	Wochen- presse (n=42)	SZ (n=98)	FAZ (n=107)	FW (n=56)	TA (n=91)
	%	%	%	%	%
Verursacher genannt	67	62	63	54	47
Industrieländer	41	46	51	32	35
Schwellenländer	21	20	15	14	9
Entwicklungsländer	5	7	8	7	8
Andere Verursacher	26	15	10	16	12

Lesebeispiele: In 67 % der Artikel der Wochenpresse wurden Verursacher genannt. In 41 % der Artikel der Wochenpresse wurden Industrieländer als Verursacher genannt.

Tabelle 3: Thematisierung der Folgen des Klimawandels

	Wochen- presse (n=42)	SZ (n=98)	FAZ (n=107)	FW (n=56)	TA (n=91)
	%	%	%	%	%
Explizit positive Folgen	7	4	7	4	4
Negative Folgen	86	51	44	54	53
- Gletscherschmelze	33	24	16	16	17
- Wetterextreme	31	21	8	9	11
- Erderwärmung	60	40	38	43	33
- Wirtschaftliche	45	20	10	13	6
- Soziale	43	16	8	20	12
- Flora/Fauna	31	9	5	5	11

Lesebeispiele: In 7 % der Artikel der Wochenpresse wurden positive Folgen und in 86 % wurden negative Folgen genannt. In 19 % der Artikel der Wochenpresse wurde Gletscherschmelze als negative Folge benannt.

tionalen Verursacher in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer<sup>5</sup>, dann zeigt sich durchgängig, dass die Industrieländer am häufigsten genannt werden, gefolgt von den Schwellen- und Entwicklungsländern. Insgesamt dominiert somit die „historische“ Verantwortungszuschreibung. Der Teil der Beiträge, in dem die Verantwortung „gegenwartsbezogen“ attribuiert wird und eine Verantwortungszuschreibung an die Adresse der Schwellenländer erfolgt, ist deutlich geringer.

Die möglichen *Folgen* des Klimawandels sind der zweite Bereich, bei dem sich die Betroffenheit und damit die Einschätzungen der Akteure unterscheiden können. Die Daten zeigen, dass positive Klimafolgen in der Berichterstattung kaum eine Rolle spielen (Tab. 3). Hingegen wird in mehr als der Hälfte der Artikel über negative Folgen berichtet. Im Medienvergleich lassen

sich zwischen den beiden überregionalen Tageszeitungen gewisse Diskrepanzen erkennen, die auf einen Einfluss der redaktionellen Linie hindeuten: Während die FAZ etwas häufiger positive Folgen nennt, thematisiert die SZ mehr die verschiedenen negativen Folgen. Am deutlichsten unterscheiden sich jedoch die Wochenzeitungen: Sie berichten durchweg intensiver und wesentlich differenzierter über die verschiedenen negativen Folgen. Den größeren Zeilenumfang, den die Journalisten in den wöchentlich erscheinenden Printmedien zur Verfügung haben, nutzen sie vor allem für die differenzierte Darstellung möglicher negativer Folgen des Klimawandels.<sup>6</sup>

Die Folgen des Klimawandels können örtlich sehr unterschiedlich sein. In den untersuchten Medien wurden sie dennoch meist global thematisiert, ohne Nennung eines konkreten örtli-

5 Industrieländer (z. B. EU-Staaten, USA, Australien); Schwellenländer (z. B. China, Indien, Brasilien, Südafrika); Entwicklungsländer (z. B. Inselstaaten).

6 Die Zeit hat in keinem der 22 Artikel mögliche positive Folgen thematisiert. Bei der Thematisierung der verschiedenen negativen Folgen finden sich allenfalls graduelle Unterschiede zwischen den drei Titeln der Wochenpresse.

chen Bezugs. Der Anteil der Beiträge, in denen Folgen mit einem nationalen oder regionalen Bezug zu Deutschland erwähnt wurden, lag in den Tageszeitungen bei höchstens elf Prozent. Obwohl gerade die regionalen Tageszeitungen durch die Herstellung von regionalen Bezügen, die Chance gehabt hätten, die Relevanz für die Leser herauszuarbeiten, ist der Anteil der Beiträge mit Bezug zur Region bei ihnen kaum höher als bei den überregionalen Tageszeitungen und liegt sogar hinter dem Anteil in den Wochenzeitungen.<sup>7</sup>

Der dritte Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf den in den Medien thematisierten *Maßnahmen* zum Klimaschutz. Da für jeden Artikel bis zu zwei Maßnahmen erfasst werden konnten, übertrifft die Zahl der kodierten Maßnahmen ( $n = 494$ ) die der

Artikel. Der Medienvergleich zeigt, dass die Wochenzeitungen am meisten und die regionalen Zeitungen am wenigsten über Klimaschutzmaßnahmen berichteten (Tab. 4).

Der Schwerpunkt der Berichterstattung lag – vor allem bei den tagesaktuellen Medien – eindeutig auf der Thematisierung von präventiven Maßnahmen auf internationaler Ebene. Fokussiert wurden dabei vor allem die abstrakten politischen Maßnahmen (Festlegung von Emissionsgrenzen, verbindliches Klimaabkommen), aber auch über den Einsatz von Entwicklungshilfemitteln wurde häufig berichtet. Konkrete präventive Klimaschutzmaßnahmen, vor allem solche, die auch für den einzelnen Bürger unmittelbar relevant seien können, wie etwa die Förderung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz, haben die untersuchten Printmedien

<sup>7</sup> Im Fokus finden sich allerdings ebenfalls keine Regional- oder Deutschlandbezüge.

**Tabelle 4: Maßnahmen zum Klimaschutz**

	Wochen- presse (n=62)	SZ (n=135)	FAZ (n=135)	FW (n=59)	TA (n=103)
Durchschnitt (Maßnahmen/Beitrag)	1,48	1,38	1,26	1,05	1,13
	%	%	%	%	%
Festlegung Emissionsgrenzen	26	31	36	27	40
Verbindliches Klimaabkommen	8	27	25	25	18
Hilfen für Entwicklungsländer	19	19	24	17	16
Energieeffizienzmaßnahmen	19	13	2	15	7
Erneuerbare Energien	15	4	7	9	8
Schutz von Kohlestoffsenken	3	1	2	2	2
Technisch-wissens. Lösungen	5	1	2	0	2
Adaptive Maßnahmen	2	2	1	2	1
Laufzeitverlängerung AKWs	2	0	1	0	0
Sonstige Maßnahmen	2	3	1	3	8

Lesebeispiel: 26 % der in der Wochenpresse thematisierten Maßnahmen drehten sich um die Festlegung von Emissionsgrenzen.

selten thematisiert, am häufigsten noch die Wochenzeitungen. Alle anderen möglichen Maßnahmen wurden in der Berichterstattung nicht im nennenswerten Umfang erörtert – weder adaptive Reaktionen noch die Nutzung der Kernkraft.

Im letzten Analyseschritt werden nun die Konfliktakteure betrachtet: Um die Hintergründe der Klimadebatte transparent zu machen, ist es wichtig, dass verdeutlicht wird, zwischen welchen Akteuren Konflikte existieren. Insgesamt zeigt sich, dass in den untersuchten Printmedien vor allem staatliche Konfliktakteure genannt wurden (Tab. 5). Einzelakteure wie Wissenschaftler oder Wirtschaftsakteure spielen in der Berichterstattung nur eine untergeordnete Rolle. Hinsichtlich die-

ses grundlegenden Befundes findet man eine große Übereinstimmung zwischen den untersuchten Printmedien. Die Klimadebatte wird somit in den Medien als Konflikt staatlicher Akteure dargestellt: Am häufigsten werden die europäischen Staaten als Konfliktakteure erwähnt, gefolgt von den USA und den Entwicklungsländern. Vor allem die regionalen Tageszeitungen berichten kaum über Konflikte, an denen nicht-staatliche Akteure beteiligt sind. Die Wochenzeitungen hingegen ermöglichen es insbesondere den Wissenschaftlern etwas häufiger, Position zu beziehen. Relativ oft kommen Wissenschaftler auch in der FAZ zu Wort. Ähnliches gilt für die so genannten Klimaskeptiker, auch sie werden eher in

**Tabelle 5: Konfliktakteure**

	Wochen- presse (n=22)	SZ (n=47)	FAZ (n=60)	FW (n=20)	TA (n=28)
Anzahl der Konflikte					
Durchschnitt (Konflikte/Beitrag)	0,62	0,52	0,65	0,39	0,33
	%	%	%	%	%
Europäische Länder / EU	14	49	48	50	46
Entwicklungsländer	23	23	30	30	54
USA	32	34	18	30	21
Andere Industrieländer	18	23	17	15	21
China	23	19	13	35	4
Vereinte Nationen	18	15	17	10	21
Andere Schwellenländer	5	2	7	5	4
Wissenschaftler	32	6	12	0	4
Umweltaktivisten-/organisationen	5	6	5	5	14
Journalisten	14	4	10	0	0
Klimaskeptiker	9	2	10	0	0
Wirtschaft	0	11	3	5	0

*Lesebeispiel: In 14 % der in den Wochenzeitungen thematisierten Konflikte sind europäische Länder/ die EU beteiligt. Wenn es sich um einen Konflikt innerhalb einer Akteursgruppe handelt, dann wurde dieser Akteur nur einmal gezählt. (Dies war bei insgesamt 16 Konflikten der Fall, 8 davon innerhalb der EU). Deswegen ist die Summe der Prozentzahlen in den Spalten < 200 %.*

der Wochenpresse und in der FAZ berücksichtigt.

## 6. Fazit

Insgesamt zeigte sich, dass die untersuchten deutschen Printmedien die Weltklimakonferenz zum Anlass genommen haben, um mit dem Klimawandel verbundene Probleme auf die mediale Themenagenda zu setzen und zur Transparenz beizutragen: Durch die Benennung von Ursachen, Verursachern und Folgen haben sie ihre Leser umfangreich über die Klimaproblematik informiert. Hinweise auf einen „Uncertainty Discourse“, der die politischen Akteure in Deutschland darin behindern könnte, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern und einzuleiten, finden sich kaum. Zudem dominieren in allen untersuchten Printmedientypen die Industrieländer als Verursacher. Eine Fremdattribution von Verantwortung auf Schwellen- oder Entwicklungsländer war kaum festzustellen. Auch damit sind durch die Berichterstattung günstige Voraussetzungen für politische Entscheidungen und Maßnahmen gegen den Klimawandel im nationalen Rahmen geschaffen worden. Ein ähnliches Ergebnis ist hinsichtlich der Folgen festzuhalten: Es wird eine breite Palette möglicher negativer Folgen des Klimawandels genannt. Mögliche positive Folgen werden nur am Rande erwähnt und spielen in der Berichterstattung keine nennenswerte Rolle.

In den deutschen Printmedien finden sich zudem kaum Hinweise darauf, dass durch die vorrangige Fokussierung von adaptiven Maßnahmen eine globale „Entsolidarisierung“ befördert wird. Andererseits wurde jedoch relativ wenig über konkrete Maßnahmen

berichtet und noch weniger über konkrete Maßnahmen, die für die Bürger handlungsrelevant seien könnten. Der Fokus der thematisierten Maßnahmen liegt auf der politischen Ebene. Auch die Konfliktakteure sind vornehmlich auf der staatlichen Ebene verortet. Im Umfeld der Konferenz ist Klimawandel damit primär ein Konfliktfeld der internationalen Politik und weniger ein Thema von nichtstaatlichen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft oder Zivilgesellschaft.

Insgesamt betrachtet finden sich zwischen den untersuchten Printmedien einige (erwartbare) Unterschiede, die ertens auf die typischen Unterschiede zwischen Wochen- und Tagespresse (Länge der Beiträge, unterschiedliche Aktualitätsmaßstäbe), zweitens auf typische Unterschiede zwischen regionalen Tageszeitungen und überregionalen Qualitätszeitungen (Umfang und Komplexität der Analysen) und drittens auf die grundlegende redaktionelle Ausrichtung der Blätter zurückzuführen sind. Es ist aber festzuhalten, dass nur einige wenige Einzelbefunde darauf hin deuten, dass sich unterschiedliche redaktionelle Linien auf die Selektion und Darstellung ausgewirkt haben könnten. Alle diese Unterschiede sind nicht sehr ausgeprägt. In der grundlegenden Ausrichtung der Berichterstattung findet sich vielmehr eine weitgehende Übereinstimmung.

Die Berichterstattung war differenziert, ohne jedoch die Existenz eines anthropogenen Klimawandels in Zweifel zu ziehen. Die deutschen politischen Akteure waren damit in der (komfortablen) Lage vor dem Hintergrund einer weitgehend homogenen (ver-)öffentlichten Meinung in Deutschland ihre Positionen auf der Konferenz formulieren zu können. Es ist zu vermu-

ten, dass andere nationale Akteure sich nicht in einer solchen Situation befanden bzw. befinden und nicht zuletzt deswegen die Voraussetzungen für eine politische Einigung schlecht waren und weiterhin schlecht sind. Um diesbezüglich mehr Klarheit zu erhalten, sind international vergleichende Untersuchungen notwendig, die neben der Thematisierung des Problems (Schäfer, Ivanova, & Schmidt, 2011) auch die hier entwickelten Kategorien zu den Ursachen, Verursachern, Folgen, Maßnahmen und Konflikten berücksichtigen sollten.

## Literatur

Boykoff, M. T., & Boykoff, J. M. (2004). Balance as Bias: Global Warming and the US Prestige Press. *Global Environmental Change*, 14(2), 125-136.

Edenhofer, O. (2003). Wege zu einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 27, 18-26.

Edkins, P., Dresner, S., & Dahlström, K. (2008). The Four-Capital Method of Sustainable Development Evaluation. *European Environment*, 18, 63-80.

Hansjürgens, B. (2009). Internationale Klimapolitik nach Kyoto: Bausteine und Architekturen. *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht*, 32(2), 123-152.

Imhof, K. (2003). Öffentlichkeitstheorien. In G. Bentele, H.-B. Brosius, & O. Jarrer (Hrsg.), *Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft* (S. 193-209). Wiesbaden: VS Verlag.

Koch-Baumgarten, S., & Voltmer, K. (2009). Policy matters – Medien im politischen Entscheidungsprozess in unterschiedlichen Politikfeldern. In F. Marcinkowski, & B. Pfetsch (Hrsg.), *Politik in der Mediendemokratie*. PVS Sonderheft 42 (S. 299-319). Wiesbaden: VS Verlag.

Maurer, M. (2011). Wie Journalisten mit Ungewissheit umgehen. Eine Untersuchung am Beispiel der Berichterstattung über die Folgen des Klimawandels. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 59(1), 60-74.

McQuail, D. (2010). *Mass Communication Theory* (6. Aufl.). Los Angeles: SAGE.

Meyerson, F. A. B. (2002). Population and Climate Change Policy. In S. H. Schneider, A. Rosencranz, & J. O. Niles (Hrsg.), *Climate Change Policy. A Survey* (S. 251-273). Washington, London: Island Press.

Noelle-Neumann, E., Kepplinger, H. M., & Donsbach, W. (1999). *Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998*. Freiburg, München: Karl Alber.

Pearson, H. L. (2002). Climate change and agriculture: Mitigation options and potential. In S. H. Schneider, A. Rosencranz & J. O. Niles (Eds.), *Climate Change Policy. A Survey* (S. 307-335). Washington, London: Island Press.

Plöger, S. (2007). Wetter und Klima. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 47, 3-6.

Rahmstorf, S. (2007). Klimawandel – einige Fakten. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 47, 7-13.

Rössler, P. (1997). *Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schatz, H., & Schulz, W. (1992). Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem. *Media Perspektiven*, 11, 690-712.

Schäfer, M. S., Ivanova, A., & Schmidt, A. (2011). Globaler Klimawandel, globale Öffentlichkeit? Medienaufmerksamkeit für den Klimawandel in 23 Ländern.

*Studies in Communication/Media*, 1, 131-148.

Schneider, S. H., & Kuntz-Duriseti. (2002). Uncertainty and Climate Change Policy. In S. H. Schneider, A. Rosencranz, & J. O. Niles (Hrsg.), *Climate Change Policy. A Survey* (S. 53-87). Washington, London: Island Press.

Wallacher, J., Reder, M., & Kowarsch, M. (2009). Klimawandel, weltweite Armut und Gerechtigkeit. Begründung und Gestaltung einer integrierten Klima- und Entwicklungspolitik. *Umweltpsychologie*, 13(1), 52-67.

Ward, B. (2008). A Higher Standard than 'Balance' in Journalism on Climate Change Science. *Climatic Change*, 86(1), 13-17.

Zehr, S. C. (2000). Public Representations of Scientific Uncertainty About Global Climate Change. *Public Understanding of Science*, 9(2), 85-103.